

# Deutsche Polizei greift Palästina-Unterstützer:innen am Nakba-Tag an

Am Sonntag verhaftete die Polizei in Berlin Personen, die für Palästina demonstrierten, und ging gegen sie vor. Unter den Festgenommenen war auch Ramsy Kilani, ein Palästinenser, dessen Familie 2014 bei einem israelischen Bombenangriff im Gazastreifen ermordet worden war.

Ali Abunimah, [electronicintifada.net](https://www.electronicintifada.net), 16.05.22

Twitter-Kommentare dazu

[https://twitter.com/bassem\\_saad/status/1525896294597787649?ref\\_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1525896294597787649%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1&ref\\_url=https%3A%2F%2Felectronicintifada.net%2Fblogs%2Fali-abunimah%2Fgerman-police-attack-palestine-supporters-nakba-day](https://twitter.com/bassem_saad/status/1525896294597787649?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1525896294597787649%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1&ref_url=https%3A%2F%2Felectronicintifada.net%2Fblogs%2Fali-abunimah%2Fgerman-police-attack-palestine-supporters-nakba-day)

Heute wurden in Berlin 170 Personen verhaftet, die Flaggen trugen oder irgendetwas mit Bezug zu Palästina an hatten. Wenn zwei oder mehr Personen in der Öffentlichkeit „Freies Palästina“ sagten, wurde dies als Protest gewertet und sie wurden verhaftet - so wird in Deutschland mit der Nazi-Vergangenheit umgegangen.

[https://twitter.com/PalestinSpricht/status/1525944581099081729?ref\\_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1525944581099081729%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1&ref\\_url=https%3A%2F%2Felectronicintifada.net%2Fblogs%2Fali-abunimah%2Fgerman-police-attack-palestine-supporters-nakba-day](https://twitter.com/PalestinSpricht/status/1525944581099081729?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1525944581099081729%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1&ref_url=https%3A%2F%2Felectronicintifada.net%2Fblogs%2Fali-abunimah%2Fgerman-police-attack-palestine-supporters-nakba-day)

Nachdem alle unsere Veranstaltungen rund um die #OngoingNakba in #Berlin verboten wurden, zeigten Hunderte ihre Solidarität mit #Palästina, indem sie sich in Kuffiyas und die Farben unserer Flagge kleideten.

Majed Abusalama, ein Palästinenser, der in der deutschen Hauptstadt lebt, sagte, er sei von der Polizei angegriffen worden.

[https://twitter.com/MajedAbusalama?ref\\_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1525993970710589440%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1&ref\\_url=https%3A%2F%2Felectronicintifada.net%2Fblogs%2Fali-abunimah%2Fgerman-police-attack-palestine-supporters-nakba-day](https://twitter.com/MajedAbusalama?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1525993970710589440%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1&ref_url=https%3A%2F%2Felectronicintifada.net%2Fblogs%2Fali-abunimah%2Fgerman-police-attack-palestine-supporters-nakba-day)

„Ich habe das Krankenhaus gerade vor einer Stunde mit einer Armschlinge verlassen, die meine Schulter stabilisiert, nachdem die deutsche rassistische Polizei mit ihrer gewalttätigen Reaktion auf das Tragen von Palästina-Kuffiyahs, dem typischen palästinensischen Tuch, mir fast die Schulter ausgekugelt hat“, twitterte Abusalama am Sonntag.

Die Angriffe auf die Demonstranten ereigneten sich, nachdem die Behörden in der deutschen Hauptstadt einer jüdischen Gruppe verboten hatten, eine Mahnwache zum Gedenken an die in der vergangenen Woche ermordete Al Jazeera-Korrespondentin Shireen Abu Akleh abzuhalten, nachdem alles darauf hindeutet, dass Israel dafür verantwortlich ist.

„Die Versammlung zum Gedenken an Abu Akleh war von der Jüdischen Stimme organisiert worden, einer jüdischen Gruppe, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt“, berichtete Al Jazeera. „Doch die Polizei teilte der Gruppe mit, dass die Veranstaltung, die für Freitagabend geplant war, unter das Protestverbot im Vorfeld des Nakba-Tages falle.“

Jedes Jahr am 15. Mai, der dieses Jahr auf einen Sonntag fiel, gedenken die Palästinenser:innen der Nakba - der ethnischen Säuberung ihrer Heimat durch zionistische Milizen im Jahr 1948, bevor und nachdem Israel gegründet wurde.

„Ihre offizielle Position ist, dass Deutschland wegen des Holocausts eine besondere Verantwortung gegenüber Israel hat“, sagte Wieland Hoban, Vorsitzender der Jüdischen Stimme, über das Verbot der Berliner Regierung. „Menschen wie wir, als Jüd:innen, müssen den Deutschen ständig erklären, dass sie uns nicht helfen, wenn sie die Unterdrückung der Palästinenser unterstützen.“

Die Berliner Behörden haben seit Ende April bereits zweimal Demonstrationen mit Palästina-Bezug pauschal verboten, weil Teilnehmer:innen früherer Proteste angeblich „antisemitische“ Äußerungen getätigt hätten.

Die deutschen Behörden setzen oft fast jede Unterstützung für die Rechte der Palästinenser:innen mit antijüdischer Feindseligkeit gleich.

Den Organisator:innen zufolge gab es offenbar einen einzigen dokumentierten Vorfall, bei dem ein Jugendlicher während einer Demonstration Mitte April eine rassistische Bemerkung machte. (1)

Dieser Vorfall wurde von den Medien und Politikern aufgebauscht und als Vorwand benutzt, um eine kollektive Bestrafung und eine umfassende Zensur der Unterstützer:innen der palästinensischen Rechte durchzusetzen.

### **In der Hitze festgehalten**

Berichten zufolge setzten die Behörden mehr als 1.000 Beamte ein, um das Verbot von Palästina-Solidaritätsdemonstrationen am Sonntag zu erzwingen.

<https://twitter.com/marx21de/status/1525911714923003907>

*Als friedliche Demonstrant:innen dennoch auftauchten, wurden sie von der Polizei eingekesselt und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt - eine repressive Taktik, die als „Kessel“ bezeichnet wird – „basierend auf physischen Merkmalen, wie z. B. Menschen, die Kuffiyehs tragen“, so ein Journalist.*

*„Menschen, die sich außerhalb des Kessels befanden, wurden von Polizeibeamten in den Kessel gezerrt“.*

[marx21](#)

Replying to

[@marx21de](#)

*Die Polizei kesselte Menschen in der Hitze aufgrund äußerlicher Merkmale ein – wie beispielsweise Menschen die eine Kuffiya trugen. Menschen außerhalb des Kessels wurden von Polizisten in den Kessel reingezerrt.*

„Die Situation in Berlin ist extrem angespannt“, twitterte die Journalistin Hebh Jamal am Sonntag. „Die Polizei verhaftet praktisch jeden, den sie auf der Straße sieht, der auch nur ‚freies Palästina‘ sagt oder eine Kuffiyeh trägt.“

„Vor einer Stunde hat die deutsche Polizei einen der wichtigsten palästinensischen Aktivisten in Deutschland, Ramsy Kilani, verhaftet“, fügte Jamal hinzu.

Auch migrantisch gelesene Beobachter:innen vom Seitenrand wurden festgenommen, ebenso wurden arabisch gelesene Frauen von ausschließlich männlichen Beamten festgenommen.

Kilani bestätigte gegenüber The Electronic Intifada, dass er zusammen mit anderen auf dem Berliner Hermannplatz von der Polizei festgenommen und in einen Kessel gesperrt wurde.

„Sie hielten uns eineinhalb Stunden lang in der Hitze fest, bis sie unsere Ausweise abnahmen, um uns alle wegen einer angeblich illegalen Versammlung anzuzeigen, obwohl wir keine Demo veranstaltet hatten, sondern nur in palästinensischen Farben oder Kuffiyehs anwesend waren“, so Kilani weiter.

Kilanis Vater und fünf Geschwister - deutsche Staatsbürger - wurden 2014 bei einem israelischen Luftangriff auf Gaza getötet.

„Die deutsche Polizei in Berlin, die alle Demos mit Bezug zu Palästina verbietet und gegen jeden vorgeht, der palästinensische Farben oder die Keffiyeh auf öffentlichen Plätzen trägt, ist ein alarmierender Schritt der Repression“, twitterte Kilani am Montag.

„Das ist antipalästinensisch“, fügte er hinzu. „Jetzt wird darüber diskutiert, das Verbot von Demos generell zu erleichtern.“

### **Rückschlag auf dem Weg zur Demokratie**

Im Laufe des vergangenen Jahres haben sich die Bemühungen verstärkt, die Verfolgung der Palästinenser durch Israel aus dem Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit zu tilgen. Dazu gehörte auch die Entfernung palästinensischer und anderer arabischer Journalist:innen durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunksender Deutsche Welle. (2)

Trotz der Zensur und der Unterdrückung durch Polizei und Politiker haben die Befürworter:innen der palästinensischen Rechte in letzter Zeit mehrere Siege vor Gericht errungen, die das Recht auf freie Meinungsäußerung bekräftigen.

Dennoch ist das weitreichende und gewaltsam durchgesetzte Berliner Verbot, das von einem örtlichen Gericht bestätigt wurde, ein schwerer Rückschlag auf dem langen und steinigen Weg des ehemaligen Nazi-Staates zur Demokratie. (3)

*(3) Beurteilung des Vorgehens z. B. von*

*Ralf Michaels, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Professor für globales Recht an der Queen Mary University London und Professor für Recht an der Universität Hamburg.*

*Auszug aus seinem Blogbeitrag:*

<https://verfassungsblog.de/versammlungsfreiheit-gilt-auch-fur-palastinenser/>

*„Nach Ansicht der Polizei „belegen die Erfahrungen, dass zurzeit bei dieser Klientel eine deutlich aggressive Grundhaltung vorherrscht und man gewalttätigem Handeln nicht abgeneigt ist. Bei notwendigen polizeilichen Maßnahmen ist mithin mit Unmutsbekundungen und in der Folge tätlichen Angriffen zum Nachteil der eingesetzten Polizeikräfte, auch in Form von Pyro, Flaschen- und Steinwürfen zu rechnen.“ Der Jurist liest das und reibt sich ein wenig die Augen.*

*Unmutsbekundungen muss die Polizei auch sonst ertragen. Flaschenwürfe auf Polizisten sind selbstverständlich zu verurteilen, wann immer sie vorkommen, aber sie kommen häufig vor, ohne dass ihretwegen Demonstrationen verboten worden wären. Die Berliner Demonstrationen zum 1. Mai sind seit Jahrzehnten regelmäßig mit Gewalt verbunden – auch diese ist zu verurteilen, aber zum Demonstrationsverbot haben sie meines Wissens noch nie geführt.*

*Das hat einen guten Grund. Wie das Bundesverfassungsgericht regelmäßig betont: Verbot und die Auflösung einer Versammlung kommen nur zur Abwehr von Gefahren elementarer Rechtsgüter in Betracht. Die Untersagung einer Versammlung kommt als ultima ratio nur in Betracht, wenn die Beeinträchtigungen anders nicht verhindert werden können – durch Auflagen oder Selbstverpflichtung der Organisatoren, oder aber durch polizeiliche Maßnahmen. Es ist erstaunlich, dass man zu solchen milderer Mitteln in den Entscheidungen von Polizei und Gerichten fast nichts findet. Der Veranstalter, so betont die Polizei mehrfach, habe die Demonstranten selbst nicht im Griff gehabt. Selbst wenn das stimmte – ist das nicht auch Aufgabe der Polizei?*

*Ein Verdacht drängt sich auf: Sollte der Verbotsgrund darin liegen, dass „diese Klientel“ – ein eigenartiger Begriff – dem Staat besonders unangenehm ist? Die Polizei erwartet „Personen aus der arabischen Diaspora, insbesondere mit palästinensischem Hintergrund“ und „weitere muslimisch geprägte Personenkreise, vorzugsweise voraussichtlich aus der libanesischen, türkischen sowie syrischen Diaspora.“ Stehen also jetzt Muslime unter Generalverdacht? Und was ist mit den zu erwartenden jüdisch-israelischen Teilnehmern? Eine von einer jüdischen Organisation angemeldete Solidaritätsveranstaltung für Abu Akle wurde als angebliche Ersatzveranstaltung untersagt.....*

*Die Demonstrationsfreiheit ist kein Privileg, das der Souverän nach Gutdünken verteilen kann. Sie gilt nicht nur für bestimmte Meinungen, sondern gerade auch für diejenigen, die nicht der deutschen Staatsräson entsprechen; denn die bindet im liberalen Staat die Bevölkerung nicht. Man muss sich*

*die Demonstrationstfreiheit nicht durch Wohlverhalten verdienen, und sie gilt auch – insbesondere – für „emotionalisierte“ Demonstranten. Ihre Bedeutung hat sie vor allem für marginalisierte Gruppen, die ihre Interessen nur schwer im politischen Prozess durchsetzen können.....*

Fridays for Future twitterte

[https://twitter.com/Fridays4future/status/1525224046501175296?ref\\_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwtterm%5E1525224046501175296%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1\\_&ref\\_url=https%3A%2F%2Felectronicintifada.net%2Fblogs%2Fali-abunimah%2Fgerman-police-attack-palestine-supporters-nakba-day](https://twitter.com/Fridays4future/status/1525224046501175296?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwtterm%5E1525224046501175296%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Felectronicintifada.net%2Fblogs%2Fali-abunimah%2Fgerman-police-attack-palestine-supporters-nakba-day)

*Fridays for Future verurteilt*

@polizeiberlin

*für ihre Entscheidung, die von Palestine Speaks organisierten Nakba-Gedenkdemonstrationen an diesem Wochenende zu verbieten. Die Versammlungsfreiheit ist ein grundlegendes Menschenrecht und wir sind entsetzt über diesen Akt der Repression.*

Human Rights Watch schreibt u.a.

<https://www.hrw.org/news/2022/05/20/berlin-bans-nakba-day-demonstrations>

*.....Nach dem internationalen Menschenrecht sind Einschränkungen des Rechts auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit zulässig, doch sollten diese Beschränkungen notwendig und verhältnismäßig sein. Ein präventives Verbot des Gedenkens an ein Ereignis ist eine extreme Einschränkung, die tatsächlich als kollektive Bestrafung derjenigen wirkt, die sich friedlich versammeln wollen, und die auf Spekulationen über mögliche rechtswidrige Handlungen einer Minderheit beruht.*

*Die Strafverfolgungsbehörden sollten zwar auf Gewalttaten, einschließlich der Aufstachelung zu Gewalt und antisemitischen Handlungen, reagieren und diese bestrafen, aber die Polizei sollte versuchen, Demonstrationen zu regulieren und nicht zu verbieten. Die Tatsache, dass Menschen bei Demonstrationen ihre Empörung und Emotionen zum Ausdruck bringen, sollte nicht die Grundlage für ein Verbot bilden.*

Auch wenn die Repressionen zunehmen, sind sie nicht neu. Die deutschen Eliten haben sich lange verschworen, um Kritik an Israel zum Schweigen zu bringen.

Sie betrachten die bedingungslose Unterstützung der israelischen Brutalität gegen die Palästinenser:innen als eine Form der Sühne für die systematische Ermordung von Millionen von Jüd:innen durch die deutsche Regierung während des Holocausts.

Ein Film, der am 22. Mai auf YouTube uraufgeführt wird, beleuchtet die deutsche Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, des Denkens und des Aktivismus in Bezug auf Palästina sowie die mitschuldige Beziehung Deutschlands zu Israel.

Der neue Dokumentarfilm „Die Zeit der Verleumder“ von Dror Dayan und Susann Witt-Stahl geht auf eine Konferenz aus dem Jahr 2018 zurück, die jüdische und palästinensische Kritiker:innen des Staates Israel und des Zionismus in Berlin zusammenbrachte.

„Der Rechtsruck in der westlichen Welt manifestiert sich auf bizarre Weise“, hatten die Organisator:innen der Konferenz beobachtet, „Linke werden als ‚Nazis‘ verunglimpft“ und „jüdische Antifaschist:innen als ‚Verräter:innen‘.“

„Die Mehrheit der deutschen Linken schweigt bestenfalls zu diesen alarmierenden Entwicklungen und begeht damit einen Verrat, der einer Kapitulation vor dem deutschen Großmachtstreben, der kriegerischen Regimewechselpolitik der NATO und der mörderischen Aggression gegen Flüchtlinge und andere Migrant:innen gleichkommt“, so die Filmemacher:innen.

In dem Film, der auf Deutsch und Englisch mit englischen Untertiteln gedreht wurde, wirken Moshe Zuckermann, Rolf Becker, Jackie Walker, Moshé Machover, Judith Bernstein und dieser Autor mit.

Er ist der Musikerin und Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano gewidmet, einer entschiedenen Verfechterin der Rechte der Palästinenser:innen, die auf der Konferenz eine Rede hielt und vergangenes Jahr im Alter von 96 Jahren verstarb.

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/german-police-attack-palestine-supporters-nakba-day>

1. <https://www.middleeasteye.net/news/germany-berlin-bans-pro-palestine-protests>
2. <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/palestinian-journalist-takes-deutsche-welle-court>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de